

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das **werktätige Volk**

Verlagsamt: Gehr. Krichow, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abgabe des Blattes einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen
Nach der Arbeit und „Volk und Welt“ für einen halben Monat 1 Mk.
Einzelnnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: bis 29 mm breite Kompositionelle
30 Pf., bis 60 mm breite Kompositionelle 1,50 Mk., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 Mk. Familienanzeigen, Stellen- und Mietange-
bote 40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 10 Pf.

Nr. 166

Dresden, Dienstag den 20. Juli 1926

37. Jahrg.

Wirths Illusionen

Der ehemalige Reichskanzler Dr. Wirth erlähmt im Berliner Tageblatt einen „Aufruf an alle entschiedenen deutschen Republikaner“ zur Schaffung einer festen republikanischen Union. „Zwanzig bis achtzehn Millionen deutsche Wähler und Wählerinnen“, erklärt Dr. Wirth, „sind für die Kräfte des Volksstaates und des Volkswohls in Bewegung zu bringen, wenn führende Republikaner einigermassen miteinander die Lage besprechen, Ziel und Wege festlegen. Die Voraussetzung dafür, daß eine solche Fühlungnahme möglich ist, liegt ausschließlich bei der Linken. Die Sozialdemokratie steht also wieder wie in vergangenen Jahrzehnten vor der Frage unbeweglicher Opposition zu Klassenstaat und Klassen-Gesellschaft oder Einbeziehung des Staatsbewußtseins der Arbeiter und Erweckung ihres Sinnes für die realen Zeitaufgaben und die zu ihrer Durchföhrung erforderliche Tatkraft.“

Unter Berufung auf Ludwig Franck verlangt Dr. Wirth von der Sozialdemokratie die letztere Lösung. Zum Schluß erklärt er, daß er im kommenden Spätherbst mit einigen Freunden — er nennt den Genossen Paul Löbe und den Führer der Demokraten, Ludwig Haas, verhandeln werde, eine gemeinsame Paktis für die Republikaner zur Vertiefung der Probleme der deutschen Politik und für die politische Auswirkung der republikanischen Bewegung in Deutschland zu schaffen. „Die Reichsbannerleute und alle entschiedenen Republikaner von Konstanz bis Königsberg werden uns hören und ihre Scharen bereitwillig erneut dem Dienste an der deutschen Republik zuföhren.“

Die Sozialdemokratie hat den Zentrumsabgeordneten Dr. Wirth immer als einen entschiedenen Republikaner geschätzt, und wir sind die letzten, die seine Vorlesungen etwa leicht nehmen oder seine warnende Stimme überhören möchten. Er neigt die Situation insofern durchaus richtig, als das republikanische Lager heute zersplittert dastelt dem je. Nur in der Schuldfrage hat Dr. Wirth gehörig daneben, und es ist fast hier, wie wenig eine an die katholische Konfession gebundene und in bürgerlichen Reformgedanken auszubildende Persönlichkeit aus dieser bürgerlichen Haut heraus kann, selbst wenn das Herz noch so radikal-demokratisch schlägt. Man sollte meinen, die letzten drei Jahre Politik müßten allen Republikanern, die leben wollen, hinreichende Lehren erteilt haben. Die Sozialdemokratie ist im Zusammenhang mit den beiden republikanischen bürgerlichen Parteien, Zentrum und Demokraten, bis an die Grenze der Selbstaufopferung gegangen. Hat es der Republik jedoch genügt, daß sich die Sozialdemokratie 1923 mit in die Streikemissionen Koalition Nummer eins und zwei gefügt hat? Nein! Hat es die Republik gefügt, daß sie die Verantwortung für jene Ermächtigungsgesetze von 1933/34 mit übernahm? Nein! Richt nur die Sozialdemokratie und der Sozialismus, sondern die gesamt-republikanische Bewegung wurde

durch diese Experimente in den Augen der Massen diskreditiert! Alle nachfolgenden Wahlen bewiesen das.

Erst seitdem unsere Partei die Konsequenzen daraus zog, den bürgerlichen Parteien die Verantwortung für ihre politische Wurfstetigkeit überließ, in die Opposition ging und darin beharrte, neue Koalitionsversuchungen abwies, stieg das Ansehen der Sozialdemokratie wieder, wuchs das Vertrauen der Volksmassen wieder zu uns herüber. Auch dies beweisen die Wahlen der letzten Zeit. Sind alle diese Tatsachen und Ereignisse an einem so aufgeschlossenen Kopf wie Herrn Dr. Wirth spurlos vorübergegangen?

Die Zeit liegt doch gar nicht so weit hinter ihm, in der er die Dinge schärfer sah. Das war vor rund einem Jahre, als dieser Führer des linken Zentrums sich veranlaßt sah, wegen der unhaltbaren Bürgerblockpolitik aus seiner Reichstagsfraktion auszuscheiden. Er hat mit keinem Kompromiß gegen die Zoll- und Steuerpolitik seiner eigenen Partei nicht viel ausrichten können und ist insofern der Fraktion wieder beigetreten. Aber die Politik dieser Fraktion wurde nicht besser. Am Gegenteil. Bei dem größten Abstimmungs-kampfe, den das deutsche Volk je durchmachte, dem Volksentscheid gegen die Hürttenhabger, fiel das Zentrum der republikanischen Bewegung in den Rücken. Kurz vor Reichstagsauflösung stimmte es mit den Demokraten für die Verteuerung der Lebensmittel durch Zölle. Der Zentrumsführer und Reichsbannerführer Dr. Wirth steht heute mit dem einen Bein im Hindenburglager und mit dem andern kaum noch im republikanischen. Glaubt Dr. Wirth, daß die Sozialdemokratie mit diesen Demokraten und diesem Zentrum eine Politik betreiben kann, bei der die Republik gewinnt?

Die Redensarten von republikanischer Aktion usw. allein tun es nicht! Republikanische Propagandamaßnahmen sind notwendig, aber eine wirkliche fröhliche Wirkung haben sie nur, wenn sie eine volkstümliche, freiheitliche Politik illustrieren und demonstrieren. Die Politik ist das Primäre. Erste, die Propaganda kann nur Echo sein und Schallver-stärkung. Die Sozialdemokraten haben also Herrn Dr. Wirth zu fragen, wie er die Bürgerblockpolitik seiner Partei in eine entschiedene Reformpolitik glaubt wandeln zu können! An der Zentrumsmauer hat er sich den Kopf wund gestoßen, aber weitföhriger scheint er dadurch nicht geworden zu sein.

Die Sozialdemokratie muß auch künftig durch Ablehnung aller furchtlosen Wurfstetigkeiten beweisen, daß sie der ewig auf ihre Kosten gebende Kompromisse müde ist. Und die nächsten Wahlen werden bereits beweisen, auf wen und welches Programm „alle entschiedenen Republikaner von Konstanz bis Königsberg“ hören!

Kleinkaliber-Scandale

In letzter Zeit häufen sich die Klagen über die Folgen der Kleinkaliber-Schießerei der rechtsradikalen Verbände geradezu ungeheuerlich. Das Treiben dieser Organisationen wächst sich immer mehr zu einer Gefahr aus, die nicht nur der Beobachtung aller zuständigen Instanzen bedarf, sondern auch ein Verbot unbedingt notwendig macht, wenn weiteres Unheil verhütet werden soll. Erst dieser Tage war anfänglich eines mit amtlicher Unterstützung vor sich gehenden Kleinkaliber-Schießens des Jungdeutschen im Elsaß bei Elbing wieder ein Opfer dieser sinnlosen Treibens zu verzeichnen. Die Leiche des kriegsinvaliden Jenseu wurde auf dem Wege zur elterlichen Wohnung erschossen, ohne daß der Mörder — wie üblich — bisher seiner gerechten Strafe zugeführt worden war.

Es kann gar kein Zweifel bestehen, daß diese Schießereien der rechtsradikalen Verbände auch innerhalb der Reichswehr immer noch Unterstützung finden, obwohl nach einer Verfügung des Reichswehrministers Schiefstände, die von der Truppe benutzt werden, überhaupt nicht anderweitig zur Verfügung gestellt werden dürfen. Es ist z. B. erwiesen, daß am 11. April der Stahlhelm in Siegen auf dem Schießstand 4 der Reichswehr ein Kleinkaliber-Schießen veranstaltete. Das dortige Reichsbanner richtete deshalb an die zuständigen Befehlshaber unter dem 17. Mai ein Schreiben, in dem es ersuchte, ihm ebenfalls einen Stand zur Verfügung zu stellen. Was machte der Befehlshaber des 1. Bataillons vom Infanterie-Regiment Nr. 15? Er lehnte diese Forderung ab, und zwar unter Hinweis auf die Verfügung des Reichswehrministers, die vier Wochen früher, als es sich um den Stahlhelm handelte, und auch in den folgenden Wochen für ihn nicht bestand. Am 30. Mai durfte z. B. der Schützenverein „Zell“, hinter dem sich nichts anderes verbirgt als der Siegener Stahlhelm, während des Gottesdienstes auf dem Reichswehrschießstand 2 das alte Spiel mit dem Schießprügel treiben. Am 18. Juni, vormittags 9,30 Uhr, wiederholte sich der gleiche

Fall, ohne daß das Reichswehrministerium, dem diese Einzelheiten ebenfalls bekannt sind, eingegriffen hätte.

Der Befehlshaber des Siegener Reichswehrbataillons ist überhaupt eine Nummer für sich. Er brachte es fertig, den Reichswehrsoldaten anlässlich des republikanischen Tages in Siegen die Befestigung des Umzuges zu verbieten, und zwar sowohl in Uniform als auch in Zivil. Als später der „Sachverständigen-Verein“ ein Sportfest in Siegen abhielt, war der Reichswehrkommandeur weniger besorgt. Er unterlagte die Befestigung nicht nur nicht, sondern stellte den rechtsradikalen Verbänden sogar noch eine Schießprüfung der Reichswehr zur Verfügung und ließ sie von Reichswehrsoldaten an einem Major Lindenau cashandigen.

Das Reichswehrministerium wird auf Grund dieser Angaben vielleicht wieder einmal eine „strenge Unteruchung“ ankündigen und sich damit vor der Öffentlichkeit einer neuen Lächerlichkeit preisgeben. Auch in dem Fall Konstanz und dem Fall des Führers der Olympia wurde eine „strenge Unteruchung“ angekündigt, ohne daß die Öffentlichkeit bis heute auch nur das geringste von dem Ergebnis erfahren hätte. Es ist eben alles in bester Ordnung, wie das bei der Reichswehr nun einmal Grundlag ist, und Herr Gehler hat wirklich allen Anlaß, 14 Tage auf „Inspektionsreisen“ zu gehen. Viel Vergnügen!

Geheimnisfrämerei

Das Reichskabinett trat am Montag abend zu einer Sitzung zusammen, in der u. a. der Bericht des Reichswehrministers über die Schreiben der Militär-Kontrollkommission an den Reichsminister entgegengenommen wurde. Ueber die Stellungnahme der Reichsregierung zu den Beschwerden der Kontrollkommission erzählt die Öffentlichkeit amtlich weiter nichts als das eine, daß „das Kabinett mit den Ausführungen des Reichswehrministers und dessen Vorschlägen zur Behandlung der Angelegenheit einverstanden ist.“ Man will die Schreiben erst „nach Monaten“ beantworten. — Diese Geheimnisfrämerei in der Entwaffnungsfrage nennt man „Politik“. Sie ist ein Unheil, dessen Folgen sich bald zeigen werden.

Der Untertan

Von L. Perjus, Kapitän zur See a. D.

Herr Dr. Stresemann hat vor kurzem in der Berliner Universität in einer Rede vor Studenten davon gesprochen, daß für Deutschland die Zeit des größten politischen Aufschwungs zugleich die Zeit des größten Niederganges wurde, weil innere Schwächung und feuchte Materialisierung sich breit machen durften, und weil das Volk verlernte, an dem Geschehen inneren Anteil zu nehmen, und sich darauf beschränkte, im Gehorham gegen die bestehende Autorität das höchste Ideal staatsbürgerlicher Tugend zu sehen. Der Bruch im Volk sei dadurch entstanden, daß die einen sich dunkelhaft als soziale Herrenschicht fühlten und die andern sich unterdrückt wähnten.

Dr. Stresemann hat recht; der deutsche Untertan konnte sich nicht genug tun im Gehorhamsein. Das Gehorham wurde ihm eingebrügelt von frühester Kindheit an, dann weiter beim Militär und schließlich in jedem staatlichen und oft auch zivilen Beruf. Das unbedingte Gehorham hat seine Licht- und Schattenseiten. Letztere sind in Deutschland köje. Denn aus dem willenlosen Unterwerfen entsprong die Ansicht, daß man sich ein bequemes Dasein verschaffen kann, wenn man sich nur recht tief vor jedem Höherstehenden duckt. Die Höherstehenden, die Beamten usw., werden durch dieses Flawentum bestärkt in ihrem Bestreben, immer mehr Macht an sich zu reißen. Das Resultat gewahrte man im „Unteroffizier“. Die Deutschen teilen sich in Unteroffiziere und Gemeine. Das sagt genug! All das sollte für ein Volk unerträglich sein, das freiheitlich empfindet. Namentlich unsere preußisch-militärische Erziehung wurde uns zum Verhängnis. Der Geschichtsunterricht in der Schule mit seinem widerlich verlogenen Hohenzollern-Kultus, die allgemeine Wehrpflicht, die Kaserne, der Kriegerverein, das Reiteroffiziersklub usw. ließen keinen Mannesstolz aufkommen. Wir haben von Kindheit an immer nur gelernt zu gehorham, und wir gehorham unter ganzem Dasein hindurch „den Vorgesetzten“.

Wer hatte das Hauptinteresse daran, daß dieser ekelhafte Kadavergehörham oberstes Erziehungsziel war? Das Militär. Es wollte herrschen mit brutaler Gewalt, wie es seinen Willen durch, und so wurde keine Herrschaft allmächtig. Den Nachtgelüsten der Militärs mußte sich auch die Zivil-gewalt beugen. Schon im absolutistischen Preußen tobte der Streit des Beamtentums mit der adligen Kriegerkaste. Als diese bei Jena ihre wohlverdiente Niederlage erlitt, beschloß die Garde, der aus uraltem Weisbaue stammte — die Wahl der Offiziere durch die Mannschaften einzuföhren. Aber an dem Widerstand von Scharnhorst — dem Sohn eines armen Bauern (!) — scheiterte der Plan. Bismarck kämpfte, namentlich bei den Friedensschlüssen, gegen den preußischen Generalstab, teils mit, teils ohne Erfolg. 1866 entging er knapp der Niederlage. 1871 siegte der Generalstab. Von Bismarcks Sturz an regierte die Militärpartei unumkränkt. Vergeblich bemühte sich Bethmann-Sollweg ab, die Befugnisse des Generalstabes einzudämmen. Ein Leutnant von Forstner, der Feld von Javern, triumphierte über den Reichskanzler, den Reichstag und die Meinung des ganzen deutschen Volkes. Am Kronrat zu Potsdam, im Juli 1914, unterwarf sich Bethmann willenlos den Militärs, Tirpitz und Genossen. Von nun an war die Ohnmacht der Zivilgewalt in Deutschland besiegelt. Die Kera Ludendorff setzte jeder militärischen Willkür die Krone auf. Ludendorff, „der ewige Vorkämpfer des Reichs“ — wie ihn der Professor Hans Delbrück nennt — Ludendorff, dessen politische Kenntnisse sich längst nicht messen können mit denen irgendeines organisierten Arbeiters, richtete die nackte Herrschaft des Säbels auf. Er und seine Kreaturen knebelten jede Zivilgewalt, traten mit Märschierstiefeln auf dem Volk herum.

Nach entfinne mich eines bescheidenden Vorfalles aus der berühmten Pressekonferenz, die während des Krieges an jedem Vormittag im Reichstagsgebäude stattfand. Der sich stets ähnerst majestätisch ausdrückende Dr. Goldmann, Vertreter der Neuen Freien Presse, Wien, vermachte sich kaum vor Erregung zu beherrschen, als er das folgende be-richtete:

„Das Auswärtige Amt hat gestattet und besonders ge-wünscht, daß die neutralen Journalisten das Gefangenlager in Spandau besichtigen sollten. Am Tor des Lagers zur festgesetzten Zeit eingetroffen, wurde der Zutritt von der Militärbehöde nicht gestattet. Auf die Vorstellung hin, daß das Auswärtige Amt an-derdrücklich Wert darauf lege, daß den Herren des Lagers gezeigt würde, lautete die Antwort der militärischen Stelle: Was küm-mert uns das Auswärtige Amt. Das Auswärtige Amt hat gar nichts zu sagen. Wir erlauben den Zutritt nicht und damit halt.“ Der Eindruck, den die neutralen Berichtshaber vom „preußisch-deutschen Militarismus“, von der geradezu verbrochenen Frei-heit des Militärs erhielten, war überwältigend. Sie sagten sich: Wo, also stimmt doch was über die brutale Behandlung der Gefangenen gehört haben, denn diese Militärs haben jehelich Sorge, und die armen Opfer ihrer Willkür nicht zu zeigen.“

Und heute? Sollen wir doch ehrlich, sind wir nicht nach kurzer Unterbrechung im Herbst 1918 wieder ganz auf dem Wege zum militärischen Ueberwachung? Das deutsche Volk hat gar zu rasch die Schande vergessen, die ihm durch Kaiserentwurf und Weidenzertum anhaftete. Schon mehrten sich die Stimmten in den Parteien nicht nur der Bürger, auch der Arbeiter, die von der Wohlthat der allge-meinen Dienstpflicht leben.

Wer trägt die Schuld an unierm Untertanentum? Dr. Stresemann sagte, wie eingangs erwähnt, das deutsche Volk